



Protokoll der Beratung am 04.05.2011

I. öffentlicher Teil

Herr Maresch eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

Es sind zu Beginn der Sitzung um 17:30 Uhr 8 Mitglieder anwesend. Nach der Abstimmung zu den unter Punkt 3 aufgeführten Beschlussvorlagen, um 18:00 Uhr, ist Herr Dr. Sutowicz erschienen, so dass 9 Mitglieder anwesend sind. Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten ist beschlussfähig.

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:
1.	Herr Maresch	DIE LINKE	Frau Ceglarek	SPD/Grüne	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Frau Giesecke	CDU/FDP/FLC	Herr Karwinski von Karwin	SPD/Grüne	
3.	Herr Hallmann	SPD/Grüne	Herr Selka	AUB	
4.	Frau Leonhardt	AUB	Frau Venter	DIE LINKE	
5.	Herr Richter	DIE LINKE			
6.	Frau Schädel	SPD/Grüne			
7.	Herr Dr. Schmidt	CDU/FDP/FLC			
8.	Frau Piduch	DIE LINKE			
9.	Herr Dr. Sutowicz	CDU/FDP/FLC			
10.					
11.					

TOP 1 Abstimmung zur Tagesordnung

Die Beschlussvorlagen I-006/11 und I-007/11 werden in einem Punkt zusammengefasst behandelt. Unter dem Punkt 4.1 wird ein Bericht zum Tag der Menschen mit Behinderung, unter Punkt 4.2 ein Bericht über die Teilnahme des Ausschussvorsitzenden an der Sitzung der Kleinen Liga und unter Punkt 4.3 ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Leistungen aus dem so genannten Teilhabepaket aufgenommen.

Abst.:
8:0:0

TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Beratung vom 06.04.2011 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Abst.:
8:0:0

TOP 3.1 und 3.2 Beschlussvorlagen I-006/11 und Vorlage I-007/11

Frau Jüttemann, Fachbereich Finanzmanagement, zeigt auf, das gegenüber den Ausführungen vom 06.04.2011 Änderungen für den Fachbereich Soziales eingetreten sind. So haben sich die Anteile beim kommunalen Finanzierungsausgleich von 12,6 % auf 15,2 % geändert. Des Weiteren sind die Mittel für die Schaffung der Arbeitsplätze zur Umsetzung der Bildungs- und Teilhabeleistungen und die Erstbeschaffung erhöht worden.

Herr Maresch führt an, dass es von Seiten des Oberbürgermeisters eine Kritik an die Landtagsabgeordneten gab, sich stärker dafür einzusetzen, dass die Leistungen, u. a. im sozialen Bereich, besser auszufinanzieren sind. In diesem Zusammenhang bittet er um eine detaillierte Aufstellung zu den nicht ausfinanzierten Leistungen.

Von Seiten **Frau Jüttemann** wird zugesichert, dass diese Aufstellung erarbeitet und Herrn Maresch zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis der Vorlage I-006/11:

**Abst.:
5:1:2**

Abstimmungsergebnis der Vorlage I-007/11

**Abst.:
5:1:2**

TOP 3.3 Beschlussvorlage III-005/11

Herr Warchold, Fachbereich Kultur, führt aus, dass mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2010 ein Auftrag an die Verwaltung gerichtet wurde, die Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadt- und Regionalbibliothek zu überarbeiten. Die Änderung der Entgeltordnung ist Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes. Er erläutert die Änderungen bei den Personengruppen und den Entgelten. Die Vorlage wurde in der Verwaltung und mit der Behindertenbeauftragten abgestimmt. Im Weiteren führt er aus, dass bei den schwerbehinderten Menschen davon ausgegangen wurde, dass sie ggf. über Arbeitseinkommen oder Altersrenten verfügen und nicht zwangsläufig zu dem Personenkreis gehören, die das Existenzminimum nicht sichern können.

**Abst.:
4:2:2**

TOP 4.1 Bericht zum Tag der Menschen mit Behinderung

Herr Maresch erläutert, dass am 05.05.2011 der „Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ ist.

Aus diesem Anlass wird im Rathaus ab 17:00 Uhr eine Ausstellung eröffnet. Die Ausstellung wird bis zum 24.05.2011 gezeigt und beinhaltet das Thema „20 Jahre Spreeschule“.

Im Weiteren stellt er die zahlenmäßige Entwicklung der behinderten Menschen in Cottbus dar und verweist darauf, dass diese Personengruppe stetig wächst.

TOP 4.2 Bericht zur Sitzung der Kleinen Liga

Herr Maresch informierte darüber, dass er an der letzten Sitzung der Kleinen Liga teilnahm und das Thema „Persönliches Budget“ diskutiert wurde. Er schätzt ein, dass sich mit der Beantragung dieser Leistung ein großer Aufwand verbindet, was eine abschreckende Wirkung auf den berechtigten Personenkreis nach sich zieht. Er strebt eine Diskussion über die Optimierung im nächsten Ausschuss an.

TOP 4.3 Bericht zum Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets

Herr Weiße, Geschäftsbereichsleiter, informiert über den Stand der vorliegenden Anträge:

Derzeit liegen dem Fachbereich Soziales 1.216 leistungsbezogene Anträge von 869 Personen vor. Darunter fallen 50 % zur finanziellen Unterstützung des Mittagessens. Zu etwa gleichen Teilen liegen Anträge zu Tagesfahrten oder mehrtägigen Klassenfahrten und Teilhabeleistungen vor.

Gegenwärtig sind zwei Mitarbeiter für die neuen Leistungen zuständig. Mit diesen Strukturen ist der Fachbereich noch nicht arbeitsfähig. Die Mitarbeiter nehmen Anträge entgegen und beraten. Weitere zwei Stellen befinden sich im Besetzungsverfahren.

Es ist damit zu rechnen, dass die Arbeitsfähigkeit ab 01.06.2011 gegeben ist. In der Bevölkerung gibt es bis jetzt Verständnis für diese Situation.

In Bezug auf die Umsetzung und die Verfahrensweise mit der gesetzlichen Neuregelung mangelt es von Seiten des Bundes an Regelungen und Verfahrensschritten, so z. B. ist die Rechtssicherheit des Verwaltungsverfahrens nicht gegeben.

Eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Umsetzung der Neuregelungen beschäftigt, ist gegenwärtig mit der Volkshochschule im Gespräch, um die Leistung „Lernförderung“ abzustimmen.

Darüber hinaus bedarf es noch einer Beratung im Jugendhilfeausschuss zu den Problemen der Verpflegung im Hort und der Schulsozialarbeit.

Herr Maresch merkt an, dass das Gesetz zu bürokratisch ist.

TOP 5.1 Information zum Bericht der Integrationsbeauftragten

Frau Konzack führt aus, dass der Bericht fertiggestellt ist, sich aber ein Teil in der rechtlichen Prüfung befindet. Sie sichert zu, dass der Bericht fristgerecht zur Stadtverordnetenversammlung im Juni 2011 gehalten wird.

TOP 6 Anfragen und Anträge

Herr Maresch fragt an, wie sich die Stadt den Erhalt des Kinder- und Jugendensembles „Pfiffikus“ vorstellt, wenn das Kommunal-Kombi-Projekt beendet ist.

Herr Weiße führt aus, dass es richtig ist, dass die im Kinder- und Jugendensembles „Pfiffikus“ vorhandenen Kommunal-Kombi-Stellen vom 01.03.2009 bis 29.02.2012 laufen. Ob eine Nachbesetzung über weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglich ist, kann derzeit nicht gesagt werden. Bei der gegenwärtigen Haushaltssituation kann die Stadt die Stellen aus dem Kommunal-Kombi-Programm nach Beendigung aus reinen kommunalen Mitteln nicht weiterfinanzieren. Er versichert, dass die Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Aufmerksamkeit erfährt und nach einer Lösung gesucht wird.

Frau Konzack ergänzt, dass auch das Büro des Seniorenbeirats und des Behindertenbeirats in den kommenden Monaten nicht mehr besetzt sein werden, da auch diese mit Personen aus dem Kommunal-Kombi-Programm besetzt wurden. Bisher ist die Prüfung der Wirksamkeit anderer Maßnahmen erfolglos geblieben. Lediglich über das Regionalbudget wäre die Stelle für das Büro des Seniorenbeirats zu besetzen; allerdings frühestens zum 01.03.2012.

Frau Giesecke schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine Übersicht über die Kommunal-Kombi-Projekte und deren zeitlichen Rahmen darzustellen und diese im nächsten Ausschuss zu beraten. Dabei sollten die Maßnahmen für Kinder eine hohe Priorität erfahren.

Der öffentliche Teil endet um 18:10 Uhr.

gez. Maresch
Vorsitzender

gez. Zengler
Protokollantin

Anlagen



L:\Sozialausschuss\
Protokoll\2011\Teilne|